

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 240.— M., Einzelnummer 8.— M., Sonntagsnummer 10.— M.
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gelbdruckte Komparatizeile 25.— M., die 8 gelbdruckte Komparatizeile 90.— M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Annahme an bestimmten Tagen. Mit Briefmarken 50 Pf.

Nr. 249

Dresden, Dienstag den 24. Oktober 1922

33. Jahrg.

Schicksalsfragen der Sozialdemokratie!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor schweren Entscheidungen
Falsche Wirtschaftspolitik der Reichstagsmehrheit — Bürgerliche Scheu vor durchgreifenden Reformen

In den letzten Wochen hat sich unsere wirtschaftliche und politische Lage in der schärfsten Weise zuspitzt und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion berät in Berlin, ob sie angesichts der wirtschaftlichen Einseitigkeit der bürgerlichen Parteien noch in der Regierung bleiben kann. In wenigen Tagen ist trotz der durch das belgische Abkommen gewonnenen Kursparie der Dollar bis über 4000 in die Höhe gestiegen. So hoch die Teuerung schon gestiegen ist, so müssen wir doch erwarten, daß binnen weniger Tage die Preise weiter emporschnellen. Das Elend der Massen steigt von Tag zu Tag. Wir müssen befürchten, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter großen Umfang annimmt, weil der Kapitalmangel, den die Teuerung zur Folge hat, viele Betriebe zu Betriebsbeschränkungen zwingen wird. Das deutsche Volk muß jetzt blühen für die schweren wirtschaftspolitischen Sünden, die unsere bürgerlichen Parteien seit der Revolution in Hülle und Fülle begangen haben.

In den Wahlflugblättern der bürgerlichen Parteien kann man jetzt viel von der Volksgemeinschaft lesen, die in Gegenwart zu der sozialdemokratischen Klassenherrschaft gestellt und uns als ein Seilmittel gegen alle Not angepriesen wird. Wenn wir aber auf die Ereignisse der vergangenen Jahre zurückblicken, so sehen wir, welche hohle Phrase die Redensart von der Volksgemeinschaft ist. Volksgemeinschaft müßte bedeuten, daß alle denkbaren Opfer für die Gesamtheit gebracht werden, vor allen von den besitzenden Klassen, die am ehesten opferfähig sind. Der Mann aber muß in Deutschland mit der Laterne gesucht werden, der von der Opfermoral der Besitzenden etwas gemerkt hat. Es sei denn, wenn sich darum handelte, die Wahlkassen der reaktionären Parteien zu füllen oder die Wählerorganisation C zu finanzieren! In rückwärtsgerichtetem Geiste haben Großkapitalisten und Agrarier das Elend des deutschen Volkes benutzt, um sich zu bereichern. Alle Maßnahmen, die von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen wurden, um auch nur einige Ordnung in das Chaos unserer Wirtschaft zu bringen, sind von bürgerlicher Seite sabotiert worden.

Heute wird der Sozialdemokratie oft vorgeworfen, daß sie „Versprechungen“ nicht gehalten, daß sie das deutsche Volk nicht aus seinem Elend befreit habe. Die Sozialdemokratie hat immer hervorgehoben, daß es eines langen und zähen Ringens bedürfen würde, um das deutsche Volk wieder aus dem Abgrund emporzuführen, in den es durch die leichtfertige und frevelhafte Politik der früheren Herren Deutschlands geraten ist. Aber die bürgerlichen Parteien haben dem Volke sehr viel versprochen. Als wir die viel verlästerte Jangwirtschafft noch hatten, erzählten sie uns, wie gut alles werden würde, wenn man nur endlich die freie Konkurrenz herstelle. Dann würden Waren in Hülle und Fülle angeboten werden, dann würden die Preise sinken. Und was sehen wir? Allenfalls haben sich die Produzenten eng zusammengelassen, um den Verbrauchern möglichst hohe Preise zu diktieren, um sich gewaltige Profite zu sichern. Die freie Wirtschaft hat dazu geführt, daß unsere inländischen Nahrungsmittel in unerhörter Weise vergeredet werden, die Milch wandert in die Schweineböden. In einer Zeit ärgster Lebensmittelnot werden für viele Milliarden Papiermark Mais eingeführt und Brauereiwesen daraus gemacht. Wir haben eine glänzende Kartoffelernte, aber trotzdem steigen die Kartoffelpreise von Tag zu Tag. Die Bauern sind ja nicht verpflichtet, auch nur eine Kartoffel abzuliefern und so können sie durch Zurückhaltung ihrer Vorräte die Preise rücksichtslos in die Höhe treiben. Wenn die hohen Kartoffelpreise für die Menschen unerträglich werden, dann fressen eben die Schweine die Kartoffeln. Kein Wunder, daß wir unter solchen Umständen gewaltige Nahrungsmittelmengen einführen müssen. Kein Wunder, daß der Dollar immer mehr und mehr in die Höhe klettert.

Ein wahres Trauerspiel ist auch das, was wir auf finanzpolitischem Gebiet erlebt haben. Das Reichsnotopfer wurde dadurch, daß unsere neu aufgebauete Steuerverwaltung ihren Aufgaben nicht gewachsen war und die Geldentwertung so rasende Fortschritte machte, gegenstandslos, so daß es zum größten Teil beiseite geworfen werden mußte. Dann tat im Herbst vorigen Jahres die Industrie so, als ob sie dem Reiche helfen wollte. Lange Zeit wurde hin- und hergeredet von der Kredithilfe der deutschen Industrie, aber auch hier zeigte sich bald der Werbefuß. Die Industriellen wollten helfen nur unter der Bedingung, daß ihnen die Eisenbahn ausgeliefert, ihre wirtschaftliche und politische Macht in unerhörter Weise vermehrt wurde. Wie das Großkapital wirtschaftlich die Not des Volkes auszunutzen seines Geldrentens zu suchen weiß, so sucht es auch politisch das Finanzelend des Reiches zur Stärkung seiner Macht auszunutzen. An dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse scheiterte dieser laubere Plan.

Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien

setzten dem Angebot der Großindustrie ihre Forderung nach Erfassung der Sachwerte entgegen. Die Erfassung der Sachwerte wäre ein Mittel gewesen, das es uns wenigstens für einige Zeit ermöglicht hätte, unsere Währung zu stabilisieren, aber trotzdem und vielleicht gerade deswegen wollten die bürgerlichen Parteien davon nichts wissen. Herr Stinnes hat es ja einmal ganz offen ausgesprochen, daß ihm an einer Stabilisierung der deutschen Währung nichts liegt. Hat doch das Großkapital gerade infolge unseres Valutaelends und der stets steigenden Teuerung so glänzende Geschäfte gemacht. Was ist schließlich dank der Sabotage der bürgerlichen Parteien aus den Kämpfen des vergangenen Winters herausgekommen? Eine Zwangsanleihe von 70 Milliarden Papiermark, ein Betrag, der infolge der fortschreitenden Geldentwertung heute bereits eine lächerlich geringe Summe bedeutet.

Nicht frohlockt die Unternehmerpresse, weil trotz der Devisenverordnung der Regierung der Dollar weiter in die Höhe steigt. Man verlangt, es müsse mehr gearbeitet werden, um dem Elend des deutschen Volkes zu begegnen. Das heißt, es wird zum Generalsturm auf den Achtstundentag abgemacht, der die Wurzel alles Übels sein soll. Dabei ist schon von bürgerlichen Gelehrten vor Jahrzehnten nachgewiesen worden, daß in achtstündiger Arbeitszeit sehr häufig nicht weniger geleistet wird als früher bei längerer Arbeitsdauer.

Doch tatsächlich besonders den Agrariern, die ja am lautesten nach mehr Arbeit schreien, eine Steigerung der Produktion gleichgültig ist, haben erst unsere Erfahrungen der letzten Tage gezeigt. Gaben sich doch die Agrarier mit Händen und Füßen gegen den Vorschlag der deutschen Regierung gesträubt, die verlangt hatte, daß Landwirten der Mehrbetrag, den sie für das Umlagegetreide erhalten sollten, durch Großlieferungen von Düngemitteln bezahlt werde. Die Politik unserer Partei ist es, von den bürgerlichen Parteien Maßnahmen zu fordern, die geeignet sind, das Elend des deutschen Volkes zu mildern.

Von vielen Seiten wird jetzt die Einsetzung des Goldvorrates der Reichsbank verlangt, um dem Marktzug Einhalt zu tun. Aber ein derartiges Vorgehen hätte nur dann einen Zweck, wenn es der Anfang einer Kette tiefgreifender Maßnahmen wäre.

Energetische Einschränkung der Luxusverbräuche, Beteiligung des Reiches an der Industrie, Stärkere Kontrolle unserer großkapitalistischen Kartelle und Konzerne zur Bekämpfung des Industrienahers,

Maßnahmen, durch die unsere Landwirtschaft veranlaßt wird, zur Steigerung unserer Produktion in genügendem Maße Düngemittel zu verwenden, Verhinderung der Verschwendung von menschlichen Nahrungsmitteln, Verbot des Verbrennens von Getreide und Kartoffeln zu Schnaps —

alles das ist notwendig, wenn das deutsche Volk nicht immer tiefer ins Elend hineinkommen soll. So wichtig für die deutsche Arbeiterklasse die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung ist, so darf sich unsere Partei doch nicht dazu hergeben, mit den bürgerlichen Parteien weiter zusammenzuarbeiten, wenn diese Zusammenarbeit auf Kosten der Volksmassen geht. Lehnen es die bürgerlichen Parteien noch wie vor ab, die uns gebührenden Zugeständnisse zu machen, so mögen sie sehen, wie sie allein in der Regierung fertig werden. Die Sozialdemokratie steht jetzt vor einer Schicksalsfrage. Sie muß es ablehnen, auch nur den Schein der Mitverantwortung für unsere schauerhaften wirtschaftlichen Zustände zu tragen, wenn die bürgerlichen Parteien trotz allen schönen Redensarten über die „Volksgemeinschaft“ der gute Wille fehlt, den Besitzenden Opfer für die Gesamtheit aufzuerlegen.

Die sozialistische schiffische Regierung hat dauernd auf die Reichsregierung gedrückt, um eine Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die nach obigen Richtlinien orientiert ist. Vergeltens: der Widerstand der bürgerlichen Parteien war zu groß. Diese Einseitigkeit beruht von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zeigt sich auch im gegenwärtigen sächsischen Wahlkampf, und Aufgabe des sächsischen Volkes wird es sein, den widerstrebenden Parteien klarzumachen, daß das Volk ihrer kleinherzigen, enghorizontigen Politik nicht folgt. Gerade weil die Sozialdemokratie möglicherweise über kurz oder lang gezwungen sein wird, aus der Reichsregierung auszusteigen, ist es um so notwendiger, daß wir unsere Machtstellung in den Einzelstaaten sichern und stärken.

Besprechung beim Reichskanzler

Die Reichsregierung zeigt sich gegenwärtig eifrig bestrebt, zur Stabilisierung der Mark weitere energische Schritte zu unternehmen. Der Reichskanzler hatte in Durchführung dieser Absicht für Montag Abend die Parteiführer zu sich gebeten, um mit ihnen die Situation zu beraten. In seinen einleitenden Besprechungen wies Dr. Wirth darauf hin, daß es Zeit geworden ist zu positiven Maßnahmen und daß die Situation unseres Volkes eine Vertagung der jetzt akuten Fragen nicht mehr vertrage. In der anschließenden Aussprache

Eberts Amtsdauer verlängert

Große Mehrheit für die Verfassungsänderung

rs. Berlin, 24. Oktober. (Eig. Draht.) Der Reichstag erledigte heute die zahlreichen ihm vorliegenden Gesetzentwürfe. Vor allem wurde das Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten in dritter Lesung angenommen. Das Ergebnis der Abstimmung über die Verfassungsänderung betreffend den Reichspräsidenten ist folgendes: Es sind 391 Stimmen abgegeben worden. Davon 76 mit Nein, eine Enthaltung und 314 mit Ja. Damit ist mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit die provisorische Präsidentenschaft Eberts sanktioniert.

Im Augenblick findet noch die namentliche Abstimmung über die Getreideumlage statt. Vor derselben ergreift noch einmal Abg. Ledebour das Wort.

Noch keine Klärung im Reichstage

rs. Berlin, 24. Oktober. (Eig. Draht.) Im Reichstag war auch heute die politische Lage vollkommen ungeklärt. Reichskanzler Dr. Wirth hatte seine Absicht aufgegeben, in der heutigen Reichstagsitzung bereits eine Erklärung über die künftige Außenpolitik der Regierung und die durch die Geldentwertung notwendig gewordenen Änderungen der Reparationspolitik abzugeben. Es ist noch unklar, ob der Reichstag sich heute auf 14 Tage vertagen wird, oder ob morgen nochmals eine Sitzung stattfindet, in der der Reichskanzler diese Erklärung verliest. Heute nachmittags um 5 Uhr findet beim Reichskanzler eine Besprechung mit den Parteiführern statt, in der die Reichstagsfraktionen über die Lage geäußert werden können.

Zurückhaltung von Kartoffeln

(N.) In den im vergangenen Jahre stattgefundenen Ernährungsausschüß-Konferenzen hat Sachsen wiederholt beantragt, eine Kartoffelumlage einzuführen. Diesem Verlangen hat das Reichsernährungsministerium nicht Rechnung getragen. Der Reichsernährungsminister erklärte auf den Konferenzen, daß eine so erhebliche Kartoffelernte bevorstehe,

daß man zu der Maßnahme der Umlage nach seiner Meinung nicht zu schreiten brauche. Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit der Ländervertreter leider an.

Daß auch eine so hervorragend gute Kartoffelernte wie die diesjährige die Verbraucher vor Kartoffelnot und Preistreibern keineswegs schützt, beweisen die Zustände, die sich jetzt auch in Sachsen hinsichtlich der Kartoffelversorgung zeigen. Aus fast allen Gebieten des Freistaates gehen bewegliche Klagen darüber ein, daß trotz der ungemein hohen Preisnotierung von 500 bis 550 M. pro Zentner ab Erzeuger (Preisnotierung vom 23. Oktober 1922) ein Teil der Landwirte die Kartoffeln nicht hergibt, sondern zurückhält in Erwartung höherer Preise. Ein solches Verhalten schafft begrifflicherweise große Erbitterung in der Bevölkerung. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat sich daher bereits an den Landesfiskus gewendet mit dem Ersuchen, beschleunigt auf die Landwirte einzuwirken und sie zu veranlassen, die Kartoffeln herzugeben. Der Erfolg muß dahingestellt bleiben. Dem Wirtschaftsministerium steht leider im Zeichen der völlig freien Kartoffelwirtschaft keinerlei Zwangsmittel zur Verfügung. Es zeigt sich jetzt immer deutlicher, wie sehr das von Sachsen beantragte Kartoffelumlageverfahren fehlt.

Trotz seiner ablehnenden Stellung gegenüber dem Kartoffelumlagegesetz hat jedoch der Reichsernährungsminister auf den Ministerkonferenzen in Berlin und Hamburg erklärt, daß er sofort zu stärkeren Zwangsmitteln übergehen würde, wenn Mangel und Preistreiber auf dem Kartoffelmarkt eintreten würde. Diese Behauptungen für die Kartoffelversorgung sind jetzt gekommen, weshalb das sächsische Wirtschaftsministerium an den Reichsernährungsminister die Anfrage gerichtet hat, was er gegen diese Zurückhaltung von Kartoffeln zum Zwecke der Preistreibererei zu tun gedenkt. Die Frage ist um so wichtiger, als es gelingen muß, in den wenigen noch frostfreien Tagen die Bevölkerung möglichst noch mit Kartoffeln einzudecken, was bei der diesjährigen außerordentlich guten Kartoffelernte unbedingt möglich und zu verlangen ist.